

Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern ...

Ergebnisoffen sollte sie sein, die Debatte zum von der Landesregierung vorgelegten Leitbildentwurf der Kommunalreform. Auf 18 Leitbildkonferenzen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten war das Innen- und das Finanzministerium mit seiner Hausleitung vor Ort und wollte diskutieren. In Teltow-Fläming, kann man sagen, was es ein Vortrag mit Ergebnispräsentation.

Kritisches werde aufgenommen und in die Überarbeitung des Entwurfes eingebaut. Nunmehr hat die SPD auf ihrem Parteitag beschlossen, dass es mit den kreisfreien Städten bis auf Potsdam vorbei sein soll. Vor der Debatte mit uns als Koalitionspartner, vor der Diskussion im zuständigen Ausschuss des Landtages, vor der Beratung im Landesparlament überhaupt. Ergebnisoffen sieht anders aus. Auch unser Landesparteitag hat sich damit befasst. Unsere Positionen zum Leitbild wurden überarbeitet, konkretisiert und angepasst. Wir gehen aufgrund der Meinungen aus der Bevölkerung auf den Leitbildkonferenzen mit reduzierten Einwohnerzahlen als Mindestgröße für Landkreise in die weitere Debatte. Wir wollen die geforderte Mindesteinwohnerzahl für amtsfreie Gemeinden nicht bei 10.000, sondern bei 8.000 sehen. Zerschneidungen von Landkreisen soll es nicht geben. Die Arbeit kommunaler Abgeordneter darf durch die Reform nicht erschwert werden, Stichwort lange Fahrtwege. Während wir auf die Sorgen der Menschen eingehen und versuchen, diese aufzunehmen, zementiert sich die SPD in ihrer Kernforderung der Verringerung der Landkreiszahlen. Hauptargument: Kostenreduzierung. Wobei uns bis heute niemand sagen konnte, wo und in welcher Größenordnung weniger Landkreise weniger Kosten bedeuten. Das Personal zumindest kann nicht einfach »betriebsbedingt« auf die Straße gesetzt werden.

Auch bringt es wenig, wenn das Land z. B. vorhat, im Forstbereich Aufgaben in die Kreise zu geben, Gebühreneinbringende, und damit haushaltsaufbessernde, Maßnahmen aber für sich behalten will.

Unsere Landrätin, Kornelia Wehlan, hat deutlich gemacht, dass in der aktuellen Flüchtlingssituation uns hier vor Ort andere Dingen beschäftigen.

Das Land argumentiert, dass man Personal in den Verwaltungen einsparen könne, es also faktisch Überhänge gebe. Wir sehen eher das Gegenteil: Bis ans Limit mit der Flüchtlingssituation belastete Verwaltungsangestellte, die »nebenher« noch ihrer eigentlichen Arbeit in den normalen Themengebieten nachgehen. Auch, weil der Bund partout nicht mit der Ausfinanzierung und der Schaffung von neuen Stellen bei der Bewältigung der Asylanträge hinterherkommt.

Doch auch Kritik an der eigenen Partei kann ich nicht ganz aussparen: Wir als Kreisvorstand und Kreistagsfraktion haben uns mit klaren Positionen per Änderungsantrag an unseren Landesparteitag gewandt. Forderungen wie z. B. Funktionalreform

vor Strukturreform, spricht: Erst die Debatte

über die auf die Kommunen zu übertragenden Aufgaben, dann Gespräche über die Zusammensetzung der künftigen Gebietskörperschaften, waren ein von mir als Kreisvorsitzender eingebrachter Antrag. Die Delegierten aus Teltow-Fläming stimmten dafür. Der Rest unseres Landesverbandes sah dies anders, argumentativ »überzeugt« durch Debattenbeiträge der Abgeordneten, die deutlich im Landtag für diese Kommunalreform stehen. Sei es, wie es sei: Die Debatte endet nicht, wir müssen weiter für unsere Positionen streiten. Als Teltow-Fläminger, als Landkreis mit der einzigen Landrätin der LINKEN in Brandenburg. Unsere Stimmen darf man in Potsdam nicht überhören!

Felix Thier, Kreisvorsitzender



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

Herz statt Hetze - dafür steht DIE LINKE in Teltow-Fläming. Dafür gehen wir auch auf die Straße und treten gegen rechte Aufmärsche, wie im November in Jüterbog, ein. Erschreckend ist der Anschlag auf den evangelischen Jugendtreff in der Nacht nach der Demonstration. Es war der Treffpunkt Einheimischer mit geflüchteten Menschen. Ein Verdacht ist mit Blick auf die zeitliche Nähe zur Rechten-Demo klar gegeben.

Doch wir lassen uns nicht einschüchtern und stehen für Weltoffenheit und Menschlichkeit. Ich freue mich, dass unsere Landtagsabgeordneten ihre Diätenerhöhung (4.250 Euro) für die Flüchtlingsarbeit in Jüterbog gespendet haben. Unser Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion erhöhen den Betrag um weitere 200 Euro. Ich wünsche allen eine schöne Adventszeit, genießen wir die besinnliche Zeit.

Bleiben Sie der LINKEN Teltow-Fläming treu und kommen sie gesund in das Jahr 2016!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



LANDTAG UND KOMMUNE

VON ANITA TACK

Liebe Leserin, Lieber Leser,

Die Landtagssitzung im November stand ganz im Zeichen des Terroranschlages in Paris, der Flüchtlingspolitik und der Leitbilddebatte in Vorbereitung einer Verwaltungs- und Kreisreform im Land Brandenburg. Zu Beginn gedachten wir in einer Schweigeminute der Opfer der Terroranschläge von Paris. Ich bitte immer wieder zu bedenken, dass diejenigen, die für diesen irrsinnigen Terror und den gleichfalls irrsinnigen Krieg, der aus dem Namen »Krieg gegen den Terror« seine Rechtfertigung zieht, mit dem Leben bezahlen, überall auf der Welt, die einfach nur leben wollenden Menschen. Der Terror ist verheerend. Der »Krieg gegen den

Terror« ist es ebenso und er ist nicht zu gewinnen. Er fordert nur immer neue Opfer. Lassen wir nicht zu, dass wir in eine Spirale der Gewalt taumeln, aus der wir nicht mehr herauskommen. Es ging in einer lebhaft geführten aktuellen Stunde um »Flüchtlinge in Brandenburg – Unser Anspruch, unser Ziel: Die umfassende und notwendige Unterbringung, Versorgung und Integration gewährleisten«. Hier zeigte sich eine Einigkeit von SPD und DIE LINKE, von CDU, Grünen und Freien Wählern. Nur der AfD-Chef Gauland provozierte gezielt, indem er die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer als »nützliche Idioten« diffamierte. Dem gegenüber steht »Brandenburg zeigt Herz – weil es um Menschen geht«, eine Initiative der Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände gemeinsam mit Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verwaltungen, politischen Interessenvertretungen und Wirtschaftsorganisationen. Dieser Initiative schließt sich die Landtagsfraktion der LINKEN an. Der Ministerpräsident kündigte die Bildung eines großen breiten Bündnisses der Zivilgesellschaft an, welches Ende November gegründet wurde. Gar nicht harmonisch verlief die Debatte in der zweiten aktuellen

Stunde zur »Auswertung der 18 Leitbildkonferenzen zur Verwaltungsstrukturreform«. Es gibt im Lande sehr unterschiedliche Auffassungen zum Leitbildentwurf. DIE LINKE verbindet mit dieser Reform eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine weitere Verlagerung von bisherigen Landesaufgaben auf die dann neuen maximal zehn Landkreise. Ich weiß aus meiner Erfahrung als Ministerin, dass jetzt schon Fachkräfte wie Wasserbau- oder Prüflingenieure fehlen. Wenn diese Aufgaben auf die künftigen Kreise verlagert werden, wird der Fehlbedarf noch schwieriger zu decken sein. Aber es ist ein Diskussionsprozess mit offenem Ergebnis. Die Debatte zeigte, dass die Regionalkonferenzen wohl zu sehr »verwaltungstechnisch« geführt wurden und Bürgerinnen und Bürger wenig von der Notwendigkeit der Reform überzeugt werden konnten. Dieser Schritt muss noch gegangen werden, soll die Reform erfolgreich werden.

Mein Part in der Landtagsdebatte betraf zum wiederholten Mal die Auseinandersetzung um die künftige Neuverteilung der Regionalisierungsmittel, die die Länder vom Bund erhalten, um Verkehr mit Bahnen

und Bussen zu finanzieren. Eine Schlechterstellung Brandenburgs muss unbedingt verhindert werden. Deshalb fordern wir in den Verhandlungen mit dem Bund eine gerechte Verteilung und keine einseitige Belastung der ostdeutschen Länder. Brandenburgs Ministerpräsident hat das in einem Brief an die Bundeskanzlerin sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Der andauernde Streit des Bundes mit den Ländern und die Länder untereinander um die Regionalisierungsmittel ist ein Beispiel dafür, was es heißt, Aufgaben und Einrichtungen der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu privatisieren. Vor 20 Jahren wurde die Bundesbahn privatisiert und nun hat sie die Aufgabe, Gewinne zu machen. Zu wessen Lasten?

Ihre **Anita Tack**

Kontakt:

Anita Tack, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Tel: 0331/966 15 10
Fax: 0331/966 15 07
E-Mail: anita.tack@
linksfraktion-brandenburg.de

VON NORBERT MÜLLER

Einsetzung des zweiten NSU Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag

Im November 2015 hat der Bundestag auf Antrag aller Fraktionen die Einsetzung eines zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU unter der Federführung von Clemens Binninger (CDU) und Petra Pau (DIE LINKE) als schärfstes Schwert parlamentarischer Regierungskontrolle einstimmig beschlossen. Vier Jahre nach dem Tod von Böhnhardt und Mundlos, einem umfangreichen Untersuchungsausschuss im Bundestag ab 2012, einem schier endlosen und noch andauernden Prozess gegen Beate Zschäpe in München, acht Untersuchungsausschüssen in den Ländern Thüringen, Sachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und diversen wissenschaftlichen Publikationen stellen sich weiter Fragen zum Verhältnis zwischen dem NSU, dem Verfassungsschutz und der bundesdeutschen Neonaziszene. Zugespitzt bezeichnete Ralph Gi-



BUNDESTAG UND KOMMUNE

ordano das staatliche Handeln als »Blindheit bis an die Grenze der Komplizenschaft«.

Hierzu sei Armin Schuster, CDU – Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Bundespolizist in seiner Rede am 11. November vor dem Bundestag zitiert:

»Warum eigentlich diese zweite Auflage? Weil es nicht nur ein Trio war, sondern mehr Täter. Weil wir den Kopf des Trios gar nicht kennen. Die perfide Genialität dieser Verbrechenserien passt nicht zu den Psychogrammen der drei, die wir kennen. Immerhin haben sie den Föderalismus an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gebracht und darüber hinaus. Weil es kein verabredeter Mord war, Selbst-

mord in Eisenach. Weil die Wohnung in der Frühlingsstraße gar nicht so in die Luft geflogen ist, wie wir es bisher glauben. Weil das Unterstützernetzwerk größer war. Weil die V-Leute Szene es doch wusste und weil Kiewewetter von mehr als zwei Tätern umgebracht wurde. Sie wundern sich jetzt. Ich kann es nicht beweisen, aber wir alle das Gegenteil auch nicht.«

Laut Aussagen von Petra Pau soll es über 40 V-Leute im Umfeld des NSU gegeben haben. Nicht nur die Linksfraktion stellt sich die Frage, wie viel Naziterror es ohne geheimdienstlich bezahlte Neonazis gegeben hätte. Gut, dass die Aufklärung im Bundestag weiter geht. Aber es gibt Unterschiede bei den notwendigen Konsequenzen. CDU/CSU, SPD und Grüne fordern schlagkräftigere Geheimdienste – DIE LINKE steht für die Abschaffung dieser Institutionen. Ich bin froh, dass der Brandenburgische Landesparteitag beschlossen hat, dass nun auch unser Land und der Brandenburger Verfassungsschutz die eigene Verantwortung am Naziterror aufklären soll und hierfür beim Koalitionspartner für einen NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag wirbt.

In der Präambel des Einsetzungsbeschlusses des Untersuchungsausschusses im Bundestag heißt es:

»Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Willen und seine Entschlossenheit, seinen Beitrag zu leisten zu einer rückhaltlosen und umfassenden Aufklärung der Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund«, der ihr zur Last gelegten Straftaten sowie ihres Umfelds und aller Unterstützer, die es den Mitgliedern der Terrorgruppe 13 Jahre lang ermöglicht haben, sich dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Vieles ist dazu bereits geleistet worden. Abgeschlossen ist die notwendige Aufklärung noch nicht.«

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@
bundestag.de

4. Tagung des 4. Landesparteitages am 7. und 8. November 2015 in Potsdam

Große Themen in kleinen Runden – bitte mehr davon!

Sozialen Wohnungsbau stärken, ÖPNV und flächendeckende gesundheitliche Versorgung sichern – Schlagworte, die bei linken Veranstaltungen nicht fremd sind und auch diesmal nicht fehlten. Auf dem letzten Landesparteitag wurde der Leitansatz »Brandenburg. Land zum Leben« verabschiedet, der zunächst, bevor die Generaldebatte eingeleitet wurde, in fünf parallel stattfindenden Foren behandelt wurde. Leider galt dieses Prozedere nicht für den Antrag zur Verwaltungsstrukturreform, der ebenfalls eingebracht, aber dementsprechend nur über eine halbstündige Antragsdebatte abgehandelt und somit innerparteilich wenig diskutiert wurde. In dem von mir besuchten Forum 4 hatten wir ca. 20 Delegierte knapp

1,5 Stunden Zeit den Schwerpunkt Wandel und Demokratisierung zu bearbeiten. Hier stieß u.a. die Zwischenüberschrift »Privatisierung stoppen« auf ein Für und Wider, da die meisten eher den Eindruck hatten, momentan in Brandenburg keiner Privatisierungswelle zu unterliegen und eher daran zu arbeiten sei, bereits privatisierte Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge wieder in kommunales Eigentum zu überführen. Insofern war es auch ein Änderungsantrag des Forums, die Überschrift mit den Schlagworten »Rekommunalisierung voranbringen« zu ergänzen. Insgesamt fand ich die Verfah-

rensweise sehr begrüßenswert, in der Umsetzung sollte jedoch mehr Zeit veranschlagt werden. Abschließend sei noch die Organisation der Kinderbetreuung positiv erwähnt, die mir eine unbeschwertere Teilnahme ermöglichte.

Anne Loy, Zossen



Meine Eindrücke

Als Delegierter beschäftigte ich mich mit den Dokumenten des Landesparteitages, um zunächst zu erfahren, was es Neues zu beraten und zu beschließen geben wird, wo der Tagungsort, wie die Atmosphäre sein wird.

Ich betrat den Ort des Geschehens. Wie immer – gut organisiert – der Empfang und die Übergabe der Delegiertenkarte. Der Saal füllte sich, die Teilnehmer nahmen ihre Plätze ein; es schien für mich wie immer.

Aber irgendetwas war dennoch anders. Ich schaute mich um und stellte fest, hier sitzt eine neue Generation von Parteimitgliedern. Diese Tatsache empfand ich als wohlthuend, beruhigend, und ich dachte: »Gut so«.

Dann die Begrüßung und die Eröffnung der Tagung. Wer sprach? Nicht etwa jemand von der »alten Garde«, nein, eine junge Genossin, Isabelle Vandr . »So muss das sein!«, ging es mir durch den Kopf.

Diese Empfindung setzte sich durch die gesamte Tagung fort.

Die »Heisporne« der vergangenen Jahre, über die ich manchmal et-

was schmunzelte, sind heute kluge, voller Elan sprühende Politiker, egal auf welcher Ebene. Zum Beispiel der Genosse Norbert Müller, mit dem ich vor Jahren wegen seiner stürmischen, impulsiven Reden nicht immer übereinstimmte, entwickelte sich zu einem fleißigen, klugen, gut informierten und weitsichtigen Politiker auf hohem Niveau, als stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes und Mitglied des Bundestages ist er ein exzellenter Vertreter unserer Partei.

So könnte ich, was die Jugend dieses Parteitages betrifft, fortfahren. Sowohl die Vorsitzende der Wahlkommission, Genossin Kerstin Meier, die in den vergangenen Jahren an politischer Reife gewonnen hat und mit Sicherheit und Umsicht die Wahlen organisierte und durchführte, als auch Tina Lange, die mit Bravour als Vorsitzende die Antragskommission leitete und die vielen Anträge mit Für- und Gegenreden managte, haben mich beeindruckt. Sehr aufmerksam verfolgte ich den Bericht der Mandatsprü-

fungskommission, vorgetragen von der Genossin Renate Vehlow, die uns mit einer sportlichen Darbietung überraschte, indem sie ein perfekt ausgeführtes Rad auf der Bühne schlug und auch wieder so akrobatisch ihren Beitrag beendete. Ich hoffte, nicht wieder wie beim letzten Parteitag als ältester Teilnehmer namentlich genannt zu werden. Nein, eine Genossin vom Seniorenrat hat es getroffen. Mich überzeugte nicht nur der Großteil der Reden, deren Inhalt ich hier nicht wiedergeben möchte, mich beeindruckte insgesamt die frische und lockere, aber interessante Atmosphäre dieser 4. Tagung des 4. Landesparteitages unserer Partei DIE LINKE.

Peter Dunkel, Ludwigsfelde

Liebe Leserin, lieber Leser, da so eine Zeitung natürlich die Meinungen unserer AutorInnen verbreitet, sind wir an Debatten und Meinungen interessiert – auch von Euch/Ihnen! Wir freuen uns über Eure/Ihre Zuschriften, die wir hier gern (falls nötig sinnwährend gekürzt) veröffentlichen und so Diskussionsraum bieten wollen.

E-Mail:
redaktion@
dielinke-teltow-flaeming.de

Postanschrift:
DIE LINKE. Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde

ZITIERT:

»Die Bitte an die jungen Menschen lautet:

Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass

gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder gegen Türken,

gegen Alternative oder gegen Konservative,

gegen Schwarz oder Weiß.

Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.«

Richard von Weizsäcker
(Rede vom 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa)

Gefunden von Maritta Böttcher

Und plötzlich Ministerin – Ein Jahr im Rückblick

Der 5. November 2015 war ein Tag wie jeder andere und doch ein ganz besonderer. Am Vormittag Pressekonferenz zur Bilanz der Asylpolitischen Tour, die Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt und mich durch das Land Brandenburg führte, um Fragen und Probleme aber auch die vielen guten Ansätze und die großen Bemühungen in Sachen Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in den Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs zu diskutieren. Dann ein Interview zu den Entscheidungen des Bundestages zum Krankenhausstrukturgesetz, ein Gespräch mit Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten, von dem aus es fast nahtlos in ein Verbändegespräch zur anstehenden Verwaltungsstrukturreform ging. Der Tag endete mit einem Grußwort beim Kuratorium Deutsche Altershilfe in Nauen. Eigentlich ein ziemlich normaler Tag in meinem Ministerinnenleben. Ein Leben, das am 5. November ein Jahr vorher begann. Richtig Zeit, bewusst zurückzublicken, fand ich erst abends – Rückschau auf ein sehr intensives Jahr.

Regine Hildebrandts Schreibtisch schien mir in den ersten Tagen riesengroß – ähnlich wie ihre Fußstapfen, in die ich nun treten sollte. Und während ich mich noch zögerlich hinter dem dunklen Holzmöbel einrichtete, beschloss ich ganz schnell, dass ich das Vermächtnis dieser beeindruckenden Frau am besten dadurch erfülle, indem ich eigene Akzente setze, ohne dabei von einem ihrer berühmten Sätze abzuweichen: »Sacht mir nich, dass et nich jeht.«

Es war ein Jahr des Lernens. Und immer war es eine Art »learning by doing«. Berge von Papier auf dem Schoß saß ich oft im Auto und las mich in die nächste Veranstaltung – und damit Stück für Stück in die Themen meines neuen Aufgabefeldes ein.

Heute muss ich schon manchmal schmunzeln, wenn ich auf Veranstaltungen vorgestellt werde und nach der Vorstellung vorsichtig gefragt wird, ob bei der Aufzählung meiner Aufgabebereiche alle genannt wurden. Denn inzwischen habe ich mehr als nur diese vorsichtige Ahnung von damals, wie breit die zu bearbeitenden Themenfelder sind. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sind die großen



Foto: BILDHAUS, Karoline Wolf

Überschriften, unter denen ich nun seit einem Jahr versuche, in der Landespolitik meine eigenen Spuren zu hinterlassen.

Vieles konnte in den 12 Monaten angestoßen werden – darunter zentrale Aussagen des Koalitionsvertrages. Die Anhebung des Landespflegegeldes wurde auf den Weg gebracht und damit ein wichtiger Baustein der Existenzsicherung für Menschen mit Behinderung auf eine stabilere Grundlage gestellt. Auch eine Pflegeoffensive nimmt Fahrt auf. Brandenburg steht aufgrund der demografischen Entwicklungen vor besonderen Herausforderungen in der Pflege. Die Anzahl der Pflegebedürftigen und ihr Anteil an der Bevölkerung werden in Brandenburg stärker steigen als in jedem anderen Bundesland. Wir brauchen also Antworten auf die daraus entstehenden drängenden Fragen. Mit der Pflegeoffensive sollen unter anderem Servicestellen »Altern und Pflege im Quartier« eingerichtet werden, eine Förderung eines Kompetenzzentrums Demenz in diesem wachsenden Aufgabenfeld Wirkung zeigen und innovative Personaleinsatzkonzepte erarbeitet werden. Wir müssen die Angebote so gestalten, dass auch bei absehbar weniger Fachkräften eine qualitativ hochwertige Pflege gewährt werden kann, ohne die Arbeitsbedingungen der in der Pflege Beschäftigten aus dem Blick zu verlieren. Dieser Ansatz findet sich auch in der Fachkräftestrategie wieder, die ich dem Kabinett im September dieses Jahres vorlegen konnte.

Natürlich hat ein Thema das Jahr maßgeblich geprägt, das nicht im Titel des Ministeriums auftaucht. Die Unterbringung, Versorgung und Integration der zu uns kommenden Flüchtlinge. Gerade in diesen sehr bewegten Tagen erleben wir landesweit eine beispiellose Solidarität in der Bevölkerung. Die Bilder von den Bahnhöfen und aus den Städten, die Anfang September durch die Medien, teilweise sogar durch die Welt gegangen sind, haben mich sehr bewegt. Auch weil sie zu einer neuen Kultur des Ankommens in Deutschland gehören. Eine Kultur,

auf wachsende Flüchtlingszahlen – agieren. Ende November habe ich als Integrationsministerin den Entwurf für eine Novellierung des Landesaufnahmegesetzes dem Kabinett vorlegen können. Darin sollen qualitative Standards festgeschrieben und die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen deutlicher als Gemeinschaftsaufgabe aller in Brandenburg Beteiligten herausgestellt werden. Auch die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte und die stärkere Förderung von Unterbringung in Wohnungen sind Teil des nun zur



Foto: privat

Auch als Ministerin ist noch Zeit für den Vorlesestag.

die schon seit längerem wächst, die zugleich aber leiser ist als Nachrichten von brennenden Flüchtlingsunterkünften oder Demonstrationen, die sich gegen Flüchtlinge richten. Vielerorts fühlen sich diese leisen Helferinnen und Helfer aber inzwischen überfordert und von der Politik, von den zuständigen Behörden allein gelassen. Ehrenamt ist wichtig und wir werden auch in Zukunft auf die vielen Angebote vor Ort nicht verzichten müssen. Doch kann und darf diese Arbeit nicht die Aufgaben staatlicher Behörden und Einrichtungen ersetzen. Brandenburg hat schon in den vergangenen Jahren versucht, Integrationspolitik anders zu gestalten. Wir bieten schon seit einiger Zeit Sprachkurse für Asylsuchende an, die keinen Anspruch auf die vom Bund finanzierten sprachlichen Integrationsangebote haben. Im Frühsommer, also schon vor der starken Zunahme der Zahl derer, die zu uns kommen, wurde ein Fonds eingerichtet, der die Initiativen in den Kommunen bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit mit Flüchtlingen unterstützen soll. Und Brandenburg wird – mitten in einer Situation des Reagierens

Diskussion gestellten Entwurfes. Denn nur dann kann Integration gelingen.

Dies gilt auch für einen Bereich, der mir schon seit vielen Jahren Herzensangelegenheit ist: die Bekämpfung der Kinderarmut. Mit dem Runden Tisch, der seit Ende Mai arbeitet, soll dieses bedrückende Problem stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und der Landespolitik gerückt werden. Ziel ist es, zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Initiativen, Kommunen und anderen Institutionen zu beraten, wie gegen Kinderarmut vorgegangen werden kann und welche konkreten Maßnahmen eingeleitet werden können, um Fortschritte bei der Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut zu erreichen.

Zu dem Rückblick auf das erste Jahr als Ministerin gehört auch der Umzug des Ministeriums in ein neues Haus. Zur Eröffnung gab es übrigens eine kleine Ausstellung »Zum Leben Regine Hildebrandts«.

Diana Golze,
Arbeits- und Sozialministerin
des Landes Brandenburg

NACHGEFRAGT:

Eine von uns

Nadine Fischer

40 Jahre alt, drei Kinder (24, 17, 7), eine Enkeltochter (7), Einzelhandelskauffrau, Vorsitzende des Vereins soziale Selbstverteidigung in Jüterbog, Geschäftsführerin des Übergangwohnheimes, Große Straße, Jüterbog

Was ist für dich links?

Links? Ich würde mich als links bezeichnen, ohne einer Partei zuzugehören.

Was regt dich auf?

Schwarz-Weiß-Denken regt mich auf.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Überrascht hat mich eine Einladung zu Frau Auma Obama mit meiner Tochter. Es war ein unvergessliches Erlebnis mit tollen Menschen. Es wird immer gesagt, die Jugend ist unsere Zukunft und ja, es ist so! Diese jungen Menschen, die dort ausgezeichnet wurden, haben tolle Projekte auf die Beine gestellt und haben es oft schwerer als Erwachsene.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Mit den Wörtern Vaterland oder Mutterland verbinde ich nichts, das liegt wahrscheinlich daran, dass ich ohne Vater und Mutter groß geworden bin. Aber ich empfinde es als Glück in Deutschland geboren zu sein. Ich sehe täglich Schicksale aus anderen Ländern und mir wird bewusst, wie gut es uns hier geht.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ich schätze Menschen, die ihre Meinung gerade heraus sagen, sie selbst sind und sich nicht verbiegen lassen.

Wie sollte Jüterbog in zehn Jahren aussehen, oder was wünschst du dir für Jüterbog? Anders formuliert: Wovon träumst du?

Jüterbog in zehn Jahren? Auf jeden Fall etwas toleranter! Wenn die Frage lauten würde, was ich mir für's nächste Jahr wünsche, wäre die Antwort: »Einen anderen Bürgermeister«.

Was bedeuten für dich Kunst und Kultur?

Ich höre Punkrock und liebe die Bilder der Salzburger Künstlerin Susann Rubin. Kunst liegt immer im Auge des Betrachters. Klassische Musik höre ich manchmal von meinem Untermieter und ja, ich toleriere es.

Nachgefragt hat

Maritta Böttcher, Jüterbog

DABEI SEIN:**TERMINE UND AKTIONEN****Sitzung Regionalvorstand TF-Süd**

7.1.2016, 18.30 Uhr
Geschäftsstelle Jüterbog

Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

10.1.2016, ganztägig
Berlin-Friedrichsfelde

Kreisvorstandssitzung

13.1.2016, 19 Uhr
Geschäftsstelle Luckenwalde

Roter Treff und Jahresauftakt mit Isabell Vandré

15.1.2016, 15 Uhr
Große Straße 62, Jüterbog

Stilles Gedenken anlässlich des Gedenktages zum Holocaust

27.1.2016, 10 Uhr
Gedenkstätte am
Stadtpark Luckenwalde

Kranzniederlegung

27.1.2016, 10 Uhr
Friedhof Ludwigsfelde

Regionalkonferenz

27.1.2016, 18.30 Uhr
Klubhaus Ludwigsfelde

Linkstreff: Peter Rieder spricht über die Triebwerksentwicklung in Ludwigsfelde

2.2.2016, 10 Uhr
Bürgerbüro
DIE LINKE. Ludwigsfelde

Engel ehrenhalber

Am 29. November 2015 fand im Aktivpark Ludwigsfelde der diesjährige Weihnachtsmarkt statt.

Bei dieser Gelegenheit haben der Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE Ludwigsfelde, Silvio Pape, und Angelika Linke wieder eine Spende des Stadtverbandes und seiner Sympathisanten an die Ludwigsfelder Weihnachtsengel übergeben. Cora Ruden, die Vorsitzende des Vereins, nahm die Spende dankbar entgegen.

Schon zum zehnten Mal wird von vielen Firmen und vor allem ehrenamtlichen Helfern den Kindern von Bedürftigen in unserer Stadt eine Weihnachtsfeier gestaltet.

In diesem Jahr sind auch Kinder von Flüchtlingen dabei. Wir sind gespannt auf ihre großen Augen!

Zum Dank für uns gab es einen Kalender für's nächste Jahr.

Angelika Linke, Ludwigsfelde



Angelika Linke und Silvio Pape überreichen die Spende an Cora Ruden von den Ludwigsfelder Weihnachtsengeln.

Regionaltag am 26. November 2015



Bürgermeisterin Monika Nestler (Bildmitte) hatte Landtagsmitglied Anita Tack (stehend) zu Gast. Diese lässt sich auf dem Foto gerade den aktuellen Flächennutzungsplan der Gemeinde erläutern.

Obwohl die Regionalkonferenz ausfiel, haben doch einige Abgeordnete der Landtagsfraktion der LINKEN den Tag genutzt und waren in unserem Landkreis unterwegs. Die Ministerin a. D. Anita Tack besuchte die Gemeindeverwaltung Nuthe-Urstromtal. In einer Gesprächsrunde, zu der die Bürgermeisterin Monika Nestler eingeladen hatte, wurden Themen erörtert, die derzeit viel Diskussionspotenzial bieten und manchmal die Gemüter sehr erregen. Mit dabei waren die stellvertretende Bürgermeisterin Frau Kaiser, vom Liegenschaftsamt Frau Krüger, der Vorsitzende der Kreistagsfraktion Gen. Hans-Jürgen Akuloff und die Vorsitzende der BO Nuthe-Urstromtal Genossin Gabi Pluciniczak. Hauptgesprächsthema war die Flüchtlingspolitik und deren Umsetzung vor Ort. Für die Gemeinde ist es schwierig, trotz vieler Hilfsangebote geeignete Unterkünf-

te in ausreichender Zahl zu finden und zu aktivieren. Für den Standort Hennickendorf, außerhalb des Dorfes gelegen, gibt es Bemühungen, die Anbindung an den Nahverkehr zu verbessern. Denn bislang müssen die Flüchtlinge, wenn sie im Dorf einkaufen oder mit Einkäufen aus Luckenwalde kommen, diese noch über mehrere Kilometer schleppen. Hier ist Abhilfe in Sicht. Eine positive Resonanz gibt es aus der Grundschule Zülichendorf. Neun Flüchtlingskinder werden dort derzeit integriert und mit dem Schulalltag vertraut gemacht. Ein großes Problem sind die Ausfall- bzw. Vertretungsstunden wegen eines hohen Krankenstandes in der Lehrerschaft der Grundschulen. Zwar werden Vertretungsstunden gegeben. Diese können nicht immer fachgerecht nach Stundenplan erteilt werden, weil die Fachlehrer fehlen. Auch diesen Sachstand nimmt Anita Tack

mit in die Landeshauptstadt. Als zweites großes Thema wurde der schon lange geplante und erhoffte Radweg zwischen Dobbrikow und Luckenwalde diskutiert. Hier wurde an die Abgeordnete der Wunsch herangetragen, sich gemeinsam mit der Landtagsfraktion gegen weitere Mittelkürzungen einzusetzen. Die Planung und der Bau von Windkraftanlagen sind in Nuthe-Urstromtal nicht ganz leicht, denn die Gemeinde ist von einem Naturschutzgebiet umgeben. Auch die innere Entwicklung der einzelnen Ortsteile ist davon abhängig. Baugrundstücke für Häuslebauer gibt es nur innerorts und sie werden langsam rar. Hierzu konnte Anita Tack konkrete Standpunkte und Meinungen mitnehmen. An der Karte mit dem Flächennutzungsplan wurde die Lage deutlich gemacht.

Gabi Pluciniczak, Nuthe-Urstromtal

Regionaltag der Landtagsabgeordneten **Diana Bader**

Am 26. November 2015 besuchte die Landtagsabgeordnete Diana Bader den Landkreis Teltow-Fläming. Zusammen mit der 1. Beigeordneten des Landkreises, Kirsten Gurske und den verantwortlichen Sachgebietsleitern gab es einen Überblick zu den Bereichen Integration, Gleichstellung der Frauen, Behinderten- und Seniorenarbeit sowie der Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten.

Anschließend ging es in das Frauenhaus Luckenwalde. Hier wurde Diana Bader über das Tagesgeschehen der Einrichtung informiert. Die Aufgabenstellungen der Mitarbeiterinnen sind sehr breit gefächert. Anliegen der Mitarbeiterinnen: eine Erhöhung der bezahlten Stundenzahl und eine zusätzliche Mitarbeiterin. Angesprochene Engpässe und auch konstruktive Hinweise wird die Sprecherin für Frauen-, Familien-, Gleichstellungs- und Behindertenpolitik mit in den Landtag nach Potsdam nehmen.

Die dritte Anlaufstelle des Tages war die Wohnstätte für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Luckenwalde. Besonders beeindruckt war Diana Bader von der sehr guten Ausstattung dieser Einrichtung. Die Funktionalität ist sehr gut organisiert. Das Personal ist bestens ausgebildet. Ein Wunsch wurde ausgesprochen: Die Einrichtung würde sich über einen entsprechend ausgebildeten Mitarbeiter zusätzlich sehr freuen.

Erika Kirschner, Luckenwalde

Ministerin Diana Golze in Blankenfelde

Am Donnerstag, dem 1. Oktober 2015, besuchte die Brandenburger Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Diana Golze, auf Einladung der Ortsgruppe DIE LINKE. Blankenfelde-Mahlow unsere Gemeinde. Im Herbst letzten Jahres erhielt Frau Golze einen Anruf und genau eine Nacht Zeit zu entscheiden, ob sie in Brandenburg für DIE LINKE ein Ministerium übernehmen wolle. Die Entscheidung, ihr Bundestagsmandat nach neun Jahren nieder-

zulegen, um sich neuen Aufgaben und Herausforderungen zuzuwenden, fiel ihr nicht schwer. Nach fast einem Jahr im Amt berichtete Frau Golze aus ihrem spannenden aber auch zeitintensiven Alltag als Ministerin. Dazu stellte sie sich den Fragen der zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Themenbereichen. Im Fokus standen dabei bessere Löhne im Betreuungs- und Pflegebereich und die damit verbundenen Tarifverhandlungen, gesund-

heitsfördernde Maßnahmen im Zusammenhang mit belastendem Fluglärm sowie die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen in Brandenburg. Durch ihre langjährigen Erfahrungen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, aber auch durch ihre angenehme Art bereitete Frau Golze den Anwesenden in der Grünen Passage einen interessanten, informativen und kurzweiligen Abend.

Detlev Schiemann, Vorsitzender Blankenfelde-Mahlow





Sehr geehrter Genosse Dr. Fiedler, lieber Herbert,

anlässlich Deines 90. Geburtstages gratulieren Dir die Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes Luckenwalde herzlich. Wir wünschen Dir Gesundheit und viele schöne Glücksmomente im neuen Lebensjahr. Du blickst auf ein interessantes, arbeitsreiches und aktives Leben zurück. Wichtig war Dir immer der Kontakt zu vielen Menschen. Sie zu unterstützen, ihren eigenen Weg selbstbewusst und gut ausgebildet zu gestalten, lag Dir am Herzen. Deine Erfolge geben Dir Recht. Du hast eine wunderbare Familie. Als Pädagoge und Direktor der Volkshochschule Luckenwalde warst Du anerkannt. Du hast die Erwachsenenbildung in unserem Kreis wesentlich mitgestaltet. Zu Deiner Lebensaufgabe machtest Du gemeinsam mit Deiner Frau Ruth, vielen Opfern des Naziregimes Stimme und Ge-

sicht zugeben. Das Jugendlandhilfswerk in Ahrensdorf, wo Jugendliche auf ihre Ausreise nach Palästina vorbereitet worden sind, ist dank Deiner 30-jährigen Forschungsarbeit nicht in Vergessenheit geraten. Durch Publikationen, Vorträge und persönliche Kontakte hast Du den Leid- und Lebensweg der Jugendlichen aus Ahrensdorf lebendig erhalten. Diese großartige Leistung hat national und international Anerkennung und Achtung erfahren.

Unentbehrlich bist Du für uns in unserer Partei durch Deine Lebenserfahrung, Deine Freude am Diskutieren und Deinen kritischen Blick auf die aktuelle Politik.

Herbert, wir brauchen Dich, noch sehr lange.

**Stadtverband
DIE LINKE. Luckenwalde**

LESERBRIEF von Hans-Hermann Jeserigk, Nuth-Urstromthal

Unbequeme Zeitzeugen-Erinnerungen von MfS-Angehörigen

Besonders in der kalten Jahreszeit sind Lesen und Fernsehen beliebte Freizeitbeschäftigungen. Nicht immer erfüllen Fernsehserien die Ansprüche tiefgründiger Information. So ist auch die ARD-Fernsehfilmfolge »Weißensee« zur Tätigkeit des MfS eine gewollte einseitige Darstellung. Die berechnete Aufarbeitung der Tätigkeit dieses Ministeriums findet sehr lückenhaft statt. In der Öffentlichkeit soll jedoch der Eindruck vollständiger Aufarbeitung entstehen. Die Terrorereignisse von Paris sind traurige Realität für die Notwendigkeit, in allen Staaten der Sicherheit in allen Lebensbereichen größte Aufmerksamkeit zu schenken. Terror und Hetze sind das Ergebnis von falscher Politik. Wer Konkretes aus der Zeit des Kalten Krieges gegen die DDR wissen möchte, sollte nachstehende Buchempfehlung dafür nutzen.

Mit Bezug auf vorhandene – aber gesperrte – Akten in der Bundesbehörde für Stasi-Unterlagen beschreiben die Autoren bislang unbekannt Vorgänge des MfS. Würden diese Akten auch öffentlich aufgearbeitet werden wie die IM-Akten, würde MfS-Aufarbeitung nicht einseitig auf ein »Unterdrückungsorgan« der DDR reduziert.

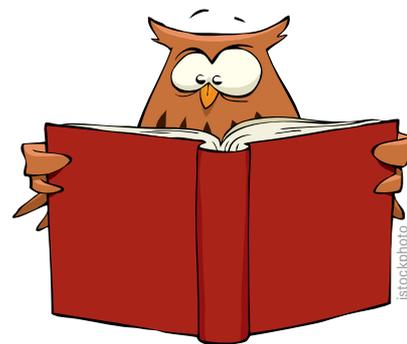
Die aktuelle Thematik erlaubt tiefe Einblicke für die persönliche Meinungsbildung.

Ich kann empfehlen, sich mit diesen beiden Bänden auseinanderzusetzen.

Wolfgang Schwanitz, Gerhard Grimmer (Hrsg.)
»Unbequeme Zeitzeugen – Erinnerungen von MfS-Angehörigen«, ISBN 978-3-945 187-08-1
19,99 Euro

»Wir geben keine Ruhe – Unbequeme Zeitzeugen II«, Verlag am Park, Berlin 2014
ISBN 978-3-945 187-39-5, 19,99 Euro

L E S E E U L E



Konrad Wolf: »Kriegstagebuch und Briefe 1942–1945«

Anlässlich des 90. Geburtstages von Konrad Wolf wurden 2015 sein Kriegstagebuch und Briefe aus dieser Zeit zum ersten Mal veröffentlicht.

Ende der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts lebt der bekannte Schriftsteller Friedrich Wolf mit seiner Frau und den Söhnen Markus und Konrad im Exil in Moskau. So ist die Verteidigung der Sowjetunion gegen die deutschen Faschisten für den Jugendlichen Konrad eine Selbstverständlichkeit.

Im Dezember 1942, kurz nach seinem 17. Geburtstag, wird er zur Roten Armee eingezogen. Sein Tagebuch beginnt im März 1943 nach seiner ersten direkten Begegnung mit dem Krieg, einem Bombenangriff. Dabei sah er die ersten Toten. Sein Vorgesetzter sagte zu ihm: »Ja Konrad, das ist der Krieg.« Aber ich sah ja selbst, das war der Krieg.«

Konrad Wolf beschreibt den Alltag in der Armee mit der Begründung, das menschliche Gedächtnis sei nicht vollkommen und bewahre nicht alles. Deshalb müsse man die wichtigen Ereignisse für die Nachwelt dokumentieren.

So erfährt der Leser, welche Aufgaben ein 17-Jähriger 1943 zu lösen hat: Übersetzer von Dokumenten, Flugblättern, Berichten, Programmen für Lautsprecheranlagen in einer Politverwaltung, Vernehmungen deutscher Kriegsgefangener, Abhören internationaler Rundfunksendungen.

In diesen über zwei Jahren führt ihn sein Weg vom östlichen Schwarzen Meer bis nach Berlin (Einige unserer Leser erinnern sich bestimmt an den Film »Ich war 19«, in dem Wolf 1945 seine Zeit als Stadtkommandant von Bernau geschildert hat.)

Mich beeindruckt, mit welchem kritischen Urteilsvermögen der Verfasser Situationen und Charaktere beschreibt. Er beschönigt nichts. So mancher Satz, hätte ihn ein Stalinist gelesen, hätte den Schreiber Kopf und Kragen kosten können. Genau beobachtet er die deutschen Kriegsgefangenen.

Konrad Wolf betrachtet die Sowjetunion als seine Heimat. »Das Sowjetland, ... die sowjetischen Menschen sind für mich unverzichtbar. Ohne sie kann ich ebensowenig sein wie ohne Luft.«

Da ich den zweiten Weltkrieg als Kind selbst miterlebt habe, sind durch die Beschreibungen von Tod und Zerstörung die Kindheitserinnerungen für mich wieder lebendig geworden. Wir dürfen diese Ereignisse nie vergessen, sie sollten uns immer mahnen.

So ist ein Kriegstagebuch, geschrieben vor über 70 Jahren, leider auch heute noch brandaktuell.

Annelore Müller, Luckenwalde

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen
14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-ludwigsfelde.de

Auch interessant:
www.dielinke-rangsdorf.de;
www.facebook.com/
dielinke.rangsdorf

www.dielinke-zossen.de;
www.facebook.com/
DIE.LINKE.ZOSSEN

www.dielinke-
blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:
15. Februar 2016**

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier
Redaktionsschluss: 30. November 2015
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.900, Dezember 2015
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Herz statt Hetze

Menschlichkeit und Toleranz sind das Gebot der Stunde



Fractionsvorsitzender Ralf Christoffers (r.) und Anita Tack als Mitglieder der Linksfraktion überbrachten im Beisein der Stadtverordneten Philip Petzold (hinten) und Maritta Böttcher (Mitte) an Pfarrer Gutsche den Spendenscheck unserer Landtagsfraktion.

Im beschaulichen Jüterbog wird wie überall in Deutschland seit Wochen darüber diskutiert, ob oder wie wir das schaffen mit der hohen Zahl hilfeschender Menschen aus Syrien, Afghanistan oder anderen Ländern. Es gibt Befürworter*innen und Ablehner*innen der deutschen Flüchtlingspolitik. Das ist normal, das gehört zur Demokratie. Nicht normal hingegen ist, dass sich ein Bürgermeister einer Stadt mit rechtspopulistischen Äußerungen und rechter Polemik in den Vordergrund spielt. So ist es jedoch leider geschehen. Herr Raue veröffentlichte auf seiner Facebook-Seite mehrere Beiträge der Bewegungen der sogenannten »Besorgten Bürger« PEGIDA und BRAMM. Er hetzt öffentlich gegen Flüchtlinge und verbreitet Panik in der Bevölkerung. Zuletzt warnte er öffentlich vor der Ansteckungsgefahr die von den Flüchtlingen ausgehe. Völlig unbegründet und mehrfach vom Gesundheitsamt unseres Kreises widerlegt, pocht er weiterhin darauf. Es musste sich erst unser Innenminister zu Wort melden und ihm nahelegen, diesen Beitrag von der Internetseite der Stadt zu entfernen. Doch warum meldete sich der Innenminister überhaupt zu Wort? Vorausgegangen waren drei Veranstaltungen. Die erste, am 19. November 2015, wurde von dem Stadtverordneten Alexander Struck organisiert, der zu der Bürgermeis-

ter-Fraktion »Wir sind Jüterbog« gehört. Diese Demo diente genauso dazu, die Stimmung in der Stadt anzuheizen. Eine Demo zum Beantworten von Fragen. Nur es gab keine Antworten von den Rednern Hendrik Schulze, Christoph Schulze (Freie Wähler aus Zossen) und schon gar nicht vom Rechtspopulisten Christoph Bernd vom Verein »Zukunft Heimat« aus Lübben. Diese Veranstaltung erinnerte doch sehr an PEGIDA. Es wurden genau die gleichen Parolen in die Menge geschmettert wie auf diesen Veranstaltungen. Zuletzt forderte dann auch noch der o.g. Stadtverordnete, dass sich die »Neuen Mitbürger«, wie er die Flüchtlinge nennt, Gartenzwerge in den Garten stellen, denn dies sei ein Zeichen von Integration. Weiter ging es mit zwei Demos am 20. November 2015. Die erste Demo wurde vom NPD-Stadtverordneten aus Nauen (Maik Schneider) und die Gegendemo vom Verein Jute Bürger, der Flüchtlingshilfe Jüterbog, der Evangelischen Kirchengemeinde und dem Landtagsabgeordneten der SPD, Erik Stohn veranstaltet. Während die »NPD« vom Bahnhof mit rassistischen Parolen zum Marktplatz marschierte, lauschte die Gegendemo den Klängen verschiedener Musiker. Neben der Musik gab es auch eine doppelte Schweigeminute um der Opfer in Paris und Mali zu gedenken, sowie mehrere Reden der Veranstalter.

Die Demos verliefen sehr friedlich, jedoch war dies anscheinend eher die »Ruhe vor dem Sturm«. Wie nahezu bereits alle Medien der Bundesrepublik berichteten, kam es am selben Abend zu einem Anschlag in einem evangelischen Gemeindefeierhaus. Dieses Haus wurde bisher hauptsächlich von Jugendlichen der Kirchengemeinde genutzt, jedoch war es als »Teestube« an jedem Samstag bekannt. Ein Treffpunkt für Flüchtlinge und Jüterboger um gemeinsam bei Tee, Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen. Es spielt dabei keine Rolle, ob Sprengstoff oder Böller zum Einsatz gekommen sind.

Der Anschlag in Jüterbog, das ist Terror!

Denn, was dort passierte, hat nur einen Sinn: Menschen einzuschüchtern, ihnen Angst zu machen und sie von ihrem Engagement abzuhalten. Auch wenn noch nicht klar ist, wer die Verantwortung trägt: Als Streich dummer Jungen darf dieser Anschlag auf keinen Fall durchgehen. Jüterbog ist deutschlandweit in aller Munde. Das war immer das Ziel der Stadtverordneten in unserer Stadt! Doch dachten wir immer an ein positives Image! Deshalb ist es nicht nur verständlich, sondern durchaus richtig, dass die Medien kritisch gegenüber dem Verhalten des Jüterboger Bürgermeisters bleiben und den Bogen von seiner Hetze gegen Flüchtlinge zu der rechtspopulistischen Demo am Donnerstag, der NPD-Demo am Freitag und dem Anschlag in der Nacht zum Samstag spannen. Arne Raue hat jede Gelegenheit verpasst, sein Verhalten kritisch zu hinterfragen und sich zu korrigieren. Da helfen auch kein Bedauern in einer Presseerklärung des Bürgermeisters und kein Angebot des Bauhofes. Wir, die Fraktion DIE LINKE, gehen davon aus, dass der Bürgermeister die Verantwortung übernimmt und Konsequenzen zieht, die unsere Stadt wieder in ein positives Licht rücken. Solange wie wir in der Stadtverordnetenversammlung Mitspracherecht haben, werden wir Unmenschlichkeit, Hass, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in unserer Stadt Jüterbog auch künftig keinen Raum bieten.

Philip Petzold, Jüterbog